

Niederschrift

über die 6. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften

Sitzungstag: 13.02.2023

Sitzungsort: Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus

Sitzungsdauer: 16:00 Uhr bis 17:51 Uhr

Teilnehmerverzeichnis:

Vorsitzende

Rasenack, Marianne

Ausschussmitglieder

Eden, Stephan

Janßen, Dieter

Neidels, Oliver de

Oltmanns, Karl

Schüdzig, Herbert

Ultsch, Jürgen

Vertretung für Frau Gertrud Bunjes

Vertretung für Frau Sina Beckmann

Grundmandat

Theemann, Hendrik

Verwaltung

Albers, Jan Edo, Bürgermeister

Hoffmann, Jana

Jones, Stephen

Rüstmann, Dietmar

als Protokollführerin

Entschuldigt waren:

Stellvertretende Vorsitzende

Bunjes, Gertrud

Ausschussmitglied

Beckmann, Sina

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung um 16 Uhr.

TOP 2. Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder

Die **Vorsitzende** stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ausschussmitglieder fest.

TOP 3. Feststellen der Beschlussfähigkeit

Die **Vorsitzende** stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 4. Feststellen der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt beschlossen.

TOP 5. Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -

Es sind keine Bürgerinnen oder Bürger anwesend.

Zuständigkeit des Rates:

TOP 6. Jahresabschluss der Stadt Jever für das Haushaltsjahr 2015 Vorlage: BV/0351/2021-2026

VA Rüstmann führt anhand der Vorlage ausführlich in den Sachverhalt ein.

Ohne Diskussion lässt die **Vorsitzende** über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

- a) *Der Jahresabschluss 2015 der Stadt Jever in der Fassung vom 14.06.2022 wird gemäß § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG beschlossen.*
- b) *Für das Haushaltsjahr 2015 wird dem Bürgermeister Herrn Albers die Entlastung gem. § 58 Abs. 1 Nr. 10 NKomVG i.V.m. § 129 Abs. 1 Satz 3 NKomVG erteilt.*

- c) **Das ordentliche Ergebnis in Höhe von 423.246,88 € wird mit dem auf die vorhandenen Stiftungen entfallenden Teilbetrag von 1.285,03 € der zweckgebundenen Rücklage zugeführt und mit dem verbleibenden Restbetrag in Höhe von 421.961,65 € gem. § 24 Abs. 4 KomHKVO mit den Sollfehlbeträgen aus dem letzten kamerale Abschluss verrechnet.**
- d) **Das außerordentliche Ergebnis in Höhe von 802.981,57 € wird gem. § 24 Abs. 4 KomHKVO mit den Sollfehlbeträgen aus dem letzten kamerale Abschluss verrechnet.**

Abstimmung: einstimmig beschlossen: Ja 7

**TOP 7. Masterplan "Perspektive Jever; Fortschreibung 2023
Vorlage: BV/0350/2021-2026**

VA Rüstmann gibt eine kurze Einführung zur Fortschreibung des Masterplans 2023.

RH Janßen erklärt, es sei gut, mit dem Masterplan eine Richtschnur zu haben, an der man sich entlanghangeln könne. Der Schuldenstand sehe zudem sehr gut aus. Die Pro-Kopf-Verschuldung sei relativ gering, sodass man als Kreisstadt vorbildlich dastehe.

Er erfragt, warum der Ganztagsbetrieb bei der Grundschule Cleverns im Gegensatz zur Grundschule Harlinger Weg bis zum Jahr 2025 nicht geplant sei. Zudem möchte er wissen, welches Bauerwartungsland sich hinter dem Ansatz des Jahres 2024 verberge. Er weist darauf hin, dass die Schaffung von Gewerbegebieten für ihn Vorrang vor der Ausweisung von Baugebieten habe, da versucht werden müsse, Firmen in Jever anzusiedeln. Bezüglich der Planung des Radweges entlang der L813 erkundigt er sich danach, ob bereits mit den Grundstücksbesitzern zwecks Verkauf der benötigten Flächen gesprochen worden sei.

VA Rüstmann weist darauf hin, dass zunächst die Planung des Radweges abgeschlossen sein müsse, um zu wissen, ob, und wenn ja, welche Grundstücke benötigt werden würden. Sobald die Trassenführung ausgearbeitet sei, werde gegebenenfalls mit den betroffenen Grundstückseigentümern gesprochen. Bezüglich des Ansatzes für Bauerwartungsland erklärt er, er habe die der Politik vorgestellte Summe lediglich auf die Folgejahre verteilt, ohne hierbei eine konkrete Maßnahme im Kopf zu haben. Der Umbau der Grundschule Cleverns zum Ganztagsbetrieb sei auf die Folgejahre verschoben, da nicht alle Maßnahmen auf einmal erledigt werden könnten. Die Maßnahme in der Paul-Sillus-Schule sei sehr konkret, im Harlinger Weg würden zumindest schon einmal Planungen vorliegen. Da diese für die Grundschule Cleverns noch nicht existieren würden, habe man diese in die Folgejahre verschoben. Der Masterplan gebe jedoch nur eine grobe Planungsrichtung an. Es würden hier keine Entscheidungen getroffen, sondern lediglich aufgezeigt werden, welche Verpflichtungen in der Zukunft denkbar seien. Diese würden mit Zahlen abgebildet werden, die auf Schätzungen basierten.

Bürgermeister Albers ergänzt, bei der Grundschule Harlinger Weg seien schon Planungen und Überlegungen zur Barrierefreiheit angestoßen worden. Die Schulleitungen der Grundschulen hätten aber allesamt den Auftrag, bis Ende März ein Ganztagskonzept für die jeweilige Schule zu erstellen. Er weist darauf hin, dass zwar ab 2026 ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz bestehe, dies jedoch nicht automatisch zur Folge haben müsse, dass alle Grundschulen auch Ganztagschulen werden müssten.

RH Janßen erklärt, für ihn sei es inakzeptabel, dass Schüler aus Cleverns bei Vorliegen eines Ganztagsbedarfs zur Paul-Sillus-Schule gehen müssten.

RH Ultsch ist der Ansicht, dass das Land, als Eigentümerin des Schlosses, die Kosten für das Klimaprojekt Schlossgarten zahlen solle. Die Stadt Jever zahle bereits im Rahmen der freiwilligen Leistungen eine beträchtliche Summe an den Zweckverband Schlossmuseum.

RH Theemann weist noch einmal darauf hin, dass es sich bei den Zahlen im Masterplan um Schätzungen handele und damit zu rechnen sei, dass sich diese aufgrund von Preissteigerungen noch erheblich verändern könnten. Aus diesem Grund solle die Stadt eher defensiv mit den Ausgaben, und somit auch mit den Steuergeldern, umgehen. Er möchte darum den Antrag stellen, die Kosten der Spielleitplanung zu reduzieren sowie die Ansätze für die Albanistraße, den Kindergartenneubau und den Rückbau des Kreisels zeitlich nach hinten zu verschieben.

Bürgermeister Albers erklärt, dass dies grundsätzlich möglich, jedoch bei laufenden Verfahren wie der Albanistraße nicht sinnvoll sei. Hier müsse man zusätzlich bedenken, dass die Zuschusszahlungen bei einer zeitlichen Verschiebung in Gefahr sein könnten.

VA Rüstmann weist darauf hin, dass im Fall der Albanistraße bereits ein Antrag gestellt worden sei und nur noch die Unterlagen bis Ende April eingereicht werden müssten. Die Beschlusslage besage zudem, dass die Planungsleistungen ausgeschrieben und vergeben werden sollten. Auch hier existiere eine Frist bis zum 30. April.

RH Janßen ist der Ansicht, die Stadt Jever mache sich unglaublich, wenn diese Maßnahme nun ins Folgejahr geschoben werden würde. Beim Thema Zweckverband Schlossmuseum stimmt er der Aussage zwar zu, dass die Kosten extrem hoch seien, ergänzt allerdings, dass Gespräche mit dem Land geplant seien, um zu erwirken, dass vermehrt Kosten von deren Seite übernommen werden würden. Bezüglich der Spielleitplanung verweist er auf das aufwendige und langwierige Verfahren, an dessen Ende beschlossen wurde, jedes Jahr drei Kinderspielplätze neu zu gestalten. Dies solle man nun nicht schon wieder umwerfen. Auch den Neubau des Kindergartens solle man nicht verschieben, da dies zur Folge hätte, dass die Kinder weiter in Containern untergebracht werden müssten.

RH de Neidels erfragt, warum die eine Million Euro für den Radwegeplan unter ausstehenden Maßnahmen und nicht auf die Jahre verteilt gelistet sei.

VA Rüstmann erklärt, es seien keine konkreten Maßnahmen an ihn herangetragen worden. Darum habe er den Wunsch der Politik nur so abbilden können.

Bürgermeister Albers ergänzt, der Arbeitskreis Radfahrplan werde konkrete Vorschläge erarbeiten und diese an die Verwaltung herantragen. Diese würden dann als Maßnahmen in den Haushalt aufgenommen werden.

RH Eden weist die übrigen Ausschussmitglieder noch einmal drauf hin, dass der Masterplan nur eine grobe Richtung anzeige, in die die Verwaltung gehen könne. Die Maßnahmen, die tatsächlich realisiert werden würden, würden sowieso alle Ausschüsse durchlaufen und hier ausführlich besprochen werden. Auch die Summen seien lediglich ein Schätzwert, sodass sich seiner Meinung nach jegliche Diskussion erübrige.

RH Schüdzig stimmt dem zu.

RH Oltmanns erfragt, ob die Erschließung des neuen Gewerbegebietes zeitlich vorangetrieben werden könne.

VA Rüstmann zeigt auf, dass er zurzeit auf die Machbarkeitsstudie warte. Diese sollte im Frühjahr vorliegen. Hieran anschließen würde sich die Bauleitplanung, die bis Ende des Jahres dauern könne. Erst dann sei man in der Lage, mit der Erschließung zu starten.

Bürgermeister Albers betont, dass nicht zu verkennen sei, dass der Darlehensbedarf dieses Masterplanes sehr hoch sei. Ein Gewerbegebiet zu erschließen sei kostenintensiv, bringe aber durch die subventionierten Verkäufe keine Einnahmen, so wie es beispielsweise bei einem Wohnbaugebiet der Fall sei. Grundsätzlich werde man zudem langfristig mit Sicherheit über die Bedeutung von erneuerbaren Energien für Kommunen nachdenken müssen, um die Einnahmesituation zu verbessern. Ziel sollte aber immer sein, die Zukunftsfähigkeit und die Attraktivität der Stadt zu erhalten und auszubauen.

Sodann stellt **RH Theemann** folgende Anträge zum Masterplan:

Die Spielleitplanung wird für die nächsten drei Jahre um je 100.000 € auf 50.000 € reduziert.

Abstimmung: einstimmig abgelehnt: Nein 7

Der Neubau des Kindergartens wird um ein Jahr verschoben.

Abstimmung: einstimmig abgelehnt: Nein 7

Der Rückbau des Kreisels wird auf unbestimmte Zeit verschoben.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt: Ja 2 Nein 3 Enthaltungen 2

Anschließend lässt **die Vorsitzende** über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Masterplan 2023 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen: Ja 7

**TOP 8. Festlegung der wesentlichen Produkte mit den entsprechenden Zielen
 und Kennzahlen als Bestandteil des Haushaltsplanes ab 01.01.2024
 Vorlage: BV/0381/2021-2026**

VA Rüstmann führt in den Sachverhalt ein.

RH Janßen erkundigt sich danach, ob Nachhaltigkeit, Klimaschutz und die Bauhofleistungen beispielsweise zu den wesentlichen Produkten gehören könnten.

VA Rüstmann erklärt, die Bauhofleistungen finde man in jedem Produkt, für das dieser arbeiten würde. Zudem gebe es ein eigenes untergeordnetes Produkt für den Baubetriebshof, welches auch bestehen bliebe.

RH de Neidels weist darauf hin, dass Klimaschutz eine Querschnittsaufgabe darstelle, die man nicht beziffern oder konkret abgrenzen könne.

RH Theemann erklärt, er sei verwundert über die Einstufung der Kinderspielplätze als wesentliches Produkt. Zudem seien ihm die Ziele unklar. Er erfragt, ob beispielsweise die Zufriedenheit der Touristen ein Ziel oder eine Kennzahl sein könne.

VA Rüstmann zeigt auf, dass die Ziele eher enger gefasst werden würden. Bei den Kindergärten könne er sich beispielsweise vorstellen, dass die Versorgung aller Kinder im Stadtgebiet ein Ziel sein könne. Darauf aufbauend könnten die Kosten hierfür eine Kennzahl darstellen. Im Bereich Tourismus wären Besucherzahlen als Maßstab denkbar. Die Ziele und Kennzahlen müssten aber ja noch erarbeitet werden.

RF Rasenack erfragt, ob der Zweckverband Schlossmuseum nicht als wesentlich angesehen werden könne.

VA Rüstmann meint, die finanzpolitische Bedeutung sei in Bezug auf das Volumen eher nicht so hoch. Zudem sei eine Steuerung wegen der fehlenden Zuständigkeit in diesem Bereich sehr schwierig.

RH Theemann stellt den Antrag, die Kinderspielplätze als wesentliches Produkt zu streichen.

Abstimmung: ohne Gegenstimme abgelehnt: Nein 6 Enthaltung 1

Sodann lässt **die Vorsitzende** über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Ab dem Haushaltsjahr 2024 werden die vorgenannten wesentlichen Produkte mit den noch zu erarbeitenden Zielen und Kennzahlen entsprechend § 4 Abs. 7 KomHKVO eingeführt und im Haushaltplan der Stadt Jever abgebildet.

Abstimmung: einstimmig beschlossen: Ja 7

**TOP 9. Neufassung der Satzung zum Schutz des Landschaftsbestandteils
"Schützenhofbusch"
Vorlage: BV/0383/2021-2026**

VA Rüstmann führt in den Sachverhalt ein.

RF Rasenack erkundigt sich danach, ob eine Vermessung stattgefunden habe und die Ergebnisse hieraus fester Bestandteil des Vertrages seien.

VA Rüstmann bejaht dies.

Sodann lässt **die Vorsitzende** über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf der Neufassung der Satzung zum Schutz des Landschaftsbestandteils „Schützenhofbusch“ wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen: Ja 7

**TOP 10. Vorbereitungssatzung zur Einführung einer Zweitwohnungssteuer
Vorlage: BV/0352/2021-2026**

VA Rüstmann führt in den Sachverhalt ein.

RH Janßen weist darauf hin, dass die SPD 2016 bereits versucht habe, die Möglichkeiten zu prüfen, jedoch leider keine Mehrheit hatte.

RH Ultsch gibt zu bedenken, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis bei den in der Satzung genannten Ausnahmetatbeständen nicht stimmen könne. Dieses Verhältnis sollte von der Verwaltung parallel ermittelt werden.

RH Theemann empfiehlt, hier nicht zuzustimmen. Durch die zusätzliche Bürokratie sei ein positives Kosten-Nutzen-Verhältnis auf keinen Fall gegeben.

Auch **RH Schüdzig** spricht sich gegen die Einführung einer Zweitwohnungssteuer aus. Die Bürger seien seiner Meinung nach genug belastet.

RH Oltmanns plädiert dafür, zunächst einmal Fakten durch die Prüfung zu sammeln und dann weiterzusehen.

VA Rüstmann verweist auf die derzeitige Personalsituation in der Kämmerei, die eine Bearbeitung vor dem 01.09.2023 nicht zulasse, sodass die Satzung auch erst dann in Kraft treten sollte.

RH Ultsch stellt folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird damit beauftragt, zu ermitteln, welche Kosten durch die Einführung und die zukünftige Bearbeitung der Zweitwohnungssteuer auf die Verwaltung zukommen würden.
Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen: Ja 5 Nein 2

Anschließend lässt **die Vorsitzende** über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Dem beigefügten Entwurf einer Satzung zur Vorbereitung der Einführung einer Zweitwohnungssteuer zum 01.09.2023 wird zugestimmt.

Abstimmung: mehrheitlich beschlossen: Ja 5 Nein 2

Eigene Zuständigkeit:

TOP 11. Genehmigung des Protokolls Nr. 5 vom 28.11.2022 - öffentlicher Teil -

Das Protokoll wird mit 4 Ja-Stimmen, bei 3 Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.

TOP 12. Mitteilungen der Verwaltung

Bürgermeister Albers erklärt, der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2016 sei bereits beim Rechnungsprüfungsamt des Landkreises abgegeben worden.

VA Rüstmann informiert den Ausschuss darüber, dass die Gewerbesteuereinnahmen aufgrund einiger größerer Abgänge ca. 1 Million Euro hinter der Planung zurückliegen würden. Zudem weist er daraufhin, dass der erste Nachtragshaushalt 2023 bereits in die nächste Finanzausschusssitzung eingebracht werde, um die Finanzierung der Planungskosten des Kindergartenneubaus und die Erschließung der dazugehörigen Straße für dieses Jahr zu sichern.

VA Jones weist darauf hin, dass die in der letzten Finanzausschusssitzung gewünschte Aufstellung aller Mitgliedschaften der Stadt Jever dem Protokoll beigefügt werde.

TOP 13. Anfragen und Anregungen

RH Janßen weist darauf hin, dass die Regionale Stiftung der LZO am 31.03.2023 tage und noch Anträge gestellt werden könnten.

Zudem möchte er wissen, ob die Schreiben zur Aufforderung der Coronahilfen-Rückzahlung bereits rausgeschickt worden seien.

VA Rüstmann verneint dies.

RH Janßen erwähnt zudem, dass die Feuerwehrleute Probleme hätten, Lehrgänge zu besuchen und die Gerätewartung nicht mehr ehrenamtlich zu regeln sei. RH Janßen erfragt anschließend, ob die Landwirte sich bereits bezüglich der Teilnahme am Brüllmarkt geäußert hätten.

Bürgermeister Albers verneint dies.

RF Rasenack interessiert sich dafür, wie das Zuschussprojekt für die Balkonkraftwerke angelaufen sei.

StOI Hoffmann erklärt, es seien inzwischen 207 Anträge eingegangen von denen vier zurückgezogen und zwölf abgelehnt worden seien. Bei 5 Anträgen warte man noch auf Unterlagen. 186 Zuschussbescheide seien verschickt und bereits 23 Auszahlungen getätigt worden. Nunmehr bliebe nur noch eine Fördersumme von 2.750 € übrig.

TOP 14. Schließen der öffentlichen Sitzung

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Genehmigt:

Marianne Rasenack

Jan Edo Albers

Jana Hoffmann

Vorsitzende

Bürgermeister

Protokollführerin